

AB

26

neoS

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 11. DEZ. 2015
PGL-03515-2015/0001-KNE/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

BESCHLUSSANTRAG

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Abgeordneter
betreffend Kostenwahrheit bei Gebühren der Stadt Wien**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post 1 (Budgetvoranschlag 2016,
Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke) der 2. Sitzung des Wiener
Gemeinderates am 11.12.2015**

Mit den Gebühren für Müllentsorgung, Kanal und Wasserversorgung erwirtschaftete die Stadt Wien in den vergangenen Jahren teils massive Überschüsse. Eine Berechnung der Überschüsse aus diesen drei Gebühren für den Zeitraum von 2002 bis 2013 ergibt eine Gesamtsumme von 1,33 Milliarden Euro. Bei einer Überprüfung der kommunalen Dienstleister kam auch der Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass durch Gebühren erwirtschaftete Überschüsse direkt ins Budget umgeleitet werden und dass die Höhe der Gebühren nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien, sondern viel mehr nach budgetären Erfordernissen, ermittelt wird.

Welche Kriterien der Preisgestaltung von Gebühren zugrunde liegen, wird von der Stadt Wien nicht öffentlich gemacht. Dabei sind vor allem einkommensschwächere Haushalte von hohen Gebühren betroffen. Während Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge mit sinkendem Einkommen ebenfalls sinken, stellen Gebühren für Wasser, Abwasser und Müllentsorgung Fixposten dar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert die Stadtregierung und insbesondere die zuständigen Stadträtinnen für Umwelt und Wiener Stadtwerke sowie für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Internationales dazu auf, den Rechnungsabschlüssen künftig einen Gebühren- und Leistungsbericht beizulegen. Der Gebühren- und Leistungsbericht soll die Grundlagen der Preisgestaltung aller städtischer Gebühren und Leistungen darlegen und somit einen Beitrag für mehr Transparenz leisten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt

Wien, 11.12.2015

(Handwritten signatures)